

Krise, Sturz und Hoffnung

Indonesien – zehn Jahre nach der Asienkrise.

Erst »Wirtschaftswunder«, dann Finanzkrise und Einführung rigider neoliberaler Wirtschaftspolitik auf Forderung des IWF – doch wie sieht es heute aus?

Arif Harsana

Das von der Weltbank gepriesene »Wirtschaftswunder« Indonesiens basierte auf dem Export von Industriegütern, die mit Hilfe billiger Arbeitskraft produziert wurden. Aber es beruhte auch auf der Plünderung natürlicher Ressourcen, sowie auf Nepotismus, Korruption und Willkür. Es gab keine Großinvestition, bei der nicht zwischen zehn und 30 Prozent der Investitionssumme in den Händen des damaligen Präsidenten Suharto und seiner Familie endete.

Die asiatische Finanzkrise von 1997/98 hat dem Land dauerhaften Schaden zugefügt, der noch verstärkt wurde durch die Wirkungen der rigiden Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die der *Internationale Währungsfonds* (IWF) diktiert hat.

In der Folge dieser Krise wurde General Suharto, der 1965 nach dem Massaker an über einer Million Kommunisten an die Macht gekommen war, zum Rücktritt gezwungen. Im Vergleich zu anderen Diktatoren wie Mobutu, Marcos oder Pinochet ist Suharto beim Regieren am brutalsten gegenüber seiner Opposition vorgegangen und war wohl auch am korruptesten. Sein Abgang hinterlässt eine gigantische Last für das Gesellschaftsleben in Indonesien. Durch die Krise ist Indonesien über Nacht ein Land mit sehr hoher Verschuldung geworden.

Der Sturz von Suharto am 21. Mai 1998 markierte aber auch einen wichtigen Anfang für den Demokratisierungsprozess in Indonesien. *Era Reformasi*, so nennen die Leute in Indonesien die Zeit für Veränderungen im Gesellschaftsleben. Die über 30 Jahre dauernde Militärdiktatur des General Suhartos ging endlich zu Ende. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte große Hoffnungen auf die *Reformasi* gesetzt, um endlich an Stelle der Militärdiktatur eine wirklich demokratische Gesellschaft in Indonesien zu etablieren.

Heute, nach zehn Jahren *Era Reformasi* ist die Demokratiebewegung in Indonesien leider ins Sto-

cken geraten und in mancher Hinsicht sogar rückläufig geworden.

Ein echter Neuanfang blieb aus

Knapp zehn Jahre nach seinem Sturz ist Indonesiens Exdiktator Suharto, 86-jährig am 27. Januar 2008 gestorben. Er starb, ohne dass er sich je für Menschenrechtsverbrechen und Korruption verantworten musste.

Nach Angaben der *Organisation Transparency International* hatte Suharto bis zu 35 Milliarden US-Dollar veruntreut – und wurde zum korruptesten Machthaber der Welt erklärt. Indonesiens Elite, die bis heute von Suhartos Herrschaft profitiert, hat bislang keinerlei Interesse an einer ernsthaften Aufarbeitung. Die Macht der Nutznießer von Suhartos »neuer Ordnung« wurde nie gebrochen, ein echter Neuanfang blieb aus.

Doch nicht nur innerhalb Indonesiens, dem viertgrößten Land der Welt, sondern auch international blieb die Aufarbeitung der Diktatur aus.

Während sich Potentaten wie Serbiens Milosevic oder auch ein paar greise Exführer der Roten Khmer auf die eine oder andere Art zu verantworten hatten oder noch haben, drückten die westlichen Staaten bei Indonesiens Machthaber stets ein Auge zu. Dabei war er für den Tod von einer halben Million bis zu einer Million Menschen verantwortlich. Hier zeigt sich die Doppelmoral des Westens, was die Menschenrechte angeht.

Armut und Massenarbeitslosigkeit sind noch immer große Probleme der indonesischen Gesellschaft. In den Bereichen Bildung und Gesundheit ist die Lage nach der Privatisierungsmaßnahme, die der IWF diktiert hat, sogar noch viel schlechter geworden.

Die Korruption blüht, mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung ist noch arbeitslos, und die Hälfte der Gesamtbevölkerung lebt von weniger als zwei Dollar am Tag. Unter der heutigen Regierung *Susilo Bambang Yudoyono* ist die Vergangenheitsbewältigung nicht nur vernachlässigt worden, sondern sogar rückläufig.

Der Autor ist Mitglied im Vorstand der Südostasien Informationsstelle.

Ein Beispiel ist die Rücknahme der neuen Geschichtsbücher für den Schulunterricht. Diese neuen Schulbücher waren das Arbeitsergebnis einer Gruppe von Historikern, die im Auftrag des Erziehungsministers des Kabinetts der damaligen Regierung Megawati verfasst wurden. Diese neuen Schulbücher beinhalten eine andere Interpretation der indonesischen Vergangenheit, im Vergleich zu Schulbüchern aus der Zeit der Suharto Regierung.

Demokratie ist nicht im Interesse der politischen Elite

Die Regierung Susilo Bambang hat bis heute keinerlei Interesse an der Bildung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission gezeigt, obwohl bereits Kandidaten als Mitglieder der genannten Kommission zur Verfügung stehen. Diese Kommission hat die Aufgabe, die Vergangenheitsbewältigung in der indonesischen Gesellschaft voranzutreiben, die Täter auf Grund ihrer kriminellen Vergangenheit zu verfolgen und Gerechtigkeit für die Opfer zu schaffen.

Wie es der Welt schon bekannt ist, haben die Opfer des blutigen und grausamen Suharto-Regimes mit seiner 32-jährigen Militärherrschaft bis heute noch keine

Gerechtigkeit erfahren. Von den großen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder dem Genozid von 1965, der über eine Million Menschen das Leben gekostet hat und über die Ermordung von fast einem Drittel der Bevölkerung Osttimors, während der Besatzung durch das indonesische Militär unter Suharto, will

die heutige Regierung Susilo Bambang nichts wissen.

Das Militär hat zwar keinen Sitz mehr im Parlament, aber das System des Territorialkommandos der Streitkräfte ist bis heute noch intakt. Das Militär verfügt bis jetzt über ein Kommandosystem, das von der untersten Dorf-Ebene, *Babinsa* genannt, bis *Kodam*, auf der Provinz-Ebene, reicht. Der Präsident Susilo Bambang, pensionierter General aus Java, der mit der Tochter des Kommandanten Sarwo Edie, der 1965 viele Massaker unter den Kommunisten befohlen hatte, verheiratet ist, hat unter Suharto Karriere gemacht. Er wurde 2004 der erste direkt gewählte indonesische Präsident, weil er im Wahlkampf den Wählern viele Versprechen gemacht hatte. Er versprach den Wählern die Demokratiebewegung voran zu treiben, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufzunehmen sowie ein neues Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Ord-

nung und nationale Einheit. Nichts davon wurde verwirklicht. Durch seinen Misserfolg hat er kaum eine Chance, im nächsten Jahr wiedergewählt zu werden.

Im Grunde genommen handeln in der Wirtschaftspolitik alle Regierungen nicht viel anders als Suhartos Regierung, insbesondere die heutige Regierung Susilo Bambang. Die Richtung bestimmen die *Multi National Concern* (MNC) vertreten durch die Weltbank und den IWF.

Die Vetternwirtschaft und Korruption unter Suhartos Herrschaft wurde von den MNC mit Milliarden-Dollar Krediten belohnt, da im Gegenzug die MNC freie Hand beim Raubbau von Bodenschätzen, Öl und Millionen von Kubikmetern tropischer Hölzer erhalten haben.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik, die der IWF diktiert hat, war angeblich eine Zwangsmaßnahme gegen die Wirtschaftskrise. Das Gegenteil war das Ergebnis. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik wurde die Wirtschaftskrise in Indonesien nicht verringert, sondern noch verstärkt.

Die Regierung Susilo Bambang hat sich als sehr schwach und unfähig erwiesen, wenn es darum geht, die Souveränität des Landes über seinen Reichtum an Bodenschätzen gegenüber der MNC zu verteidigen.

Indonesien ist das Land mit der höchsten Verschuldung. Diese ist ein Erbe des korrupten Suharto-Regimes. Die Regierung Susilo Bambang wird angeprangert, weil sie keinen Mut hat, eine Entschuldigung, wie damals Argentinien, zu betreiben. Die Kreditgeber haben eigentlich eine große Mitverantwortung und sind deshalb auch mitschuldig gegenüber dem indonesischen Volk, da sie große Kredite an nicht kreditwürdige, grausame und korrupte Regierungen wie das blutrünstige Suharto-Regime gegeben haben. Das OPEC-Mitglied Indonesien ist heute Netto-Ölimporteur geworden.

Das indonesische Volk lebt jetzt, zehn Jahre nach dem Sturz von Suharto, immer noch unter schwierigen Bedingungen, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die Leute haben ihr Vertrauen in die politische Elite verloren.

In dieser Situation des Landes zeichnet sich eine Erstarkung und Radikalisierung des islamischen Fundamentalismus in Indonesien ab. Diese Gruppe der Fundamentalisten ist noch klein im Vergleich zu der Mehrheit, die zum moderaten Islam gehört. Trotzdem sollte man diese negative Entwicklung nicht unterschätzen. Gefahr geht nicht nur durch ihre antidemokratischen Aktivitäten, sondern insbesondere auch durch ihre zunehmende ideologische Beeinflussung der Hauptströmung der Islamgesellschaft des Landes, aus.

Die Demokratiebewegung hat damit noch weitere schwere Hindernisse zu überwinden, um Erfolg zu erzielen. Harte Arbeit steht den echten indonesischen Demokraten noch bevor.

